

Pressemitteilung

Kommunikation, Presse, Öffentlichkeit

13.12.2007

„Integration als Chance - gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“ - Kultusministerkonferenz und Verbände von Menschen mit Migrationshintergrund unterzeichnen Erklärung zur Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule

Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, und führende Vertreter der Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund haben sich am Donnerstag in Berlin in einer Erklärung zur gemeinsamen Verantwortung für eine gelingende Integration bekannt. In der Erklärung „Integration als Chance - gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“ wird die herausgehobene Bedeutung der Bildung für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund betont. Sie knüpft an den Nationalen Integrationsplan an und bekräftigt die Selbstverpflichtungen der Länder, die u.a. den Ausbau der Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen, die Bildungs- und Erziehungspläne für den vorschulischen und schulischen Bereich, die Sprachförderung, den Ausbau von Ganztagschulen oder die Verminderung der Quoten von Schulabbrechern betreffen.

„Wir gehen in der heute unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung einen bedeutenden Schritt weiter, in dem wir uns auf konkrete Schritte für eine aktive Zusammenarbeit von Elternhaus und Bildungseinrichtungen verständigt haben“, erklärte der Präsident der Kultusministerkonferenz, Prof. Dr. Zöllner. „Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für das Gelingen von Integration und damit auch für Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft und im Berufsleben. Die Schule ist auf die Unterstützung und Förderung der Eltern bei den Bildungsprozessen angewiesen. Das haben uns die aktuellen Ergebnisse von PIRLS/IGLU und PISA erneut deutlich gemacht. Ich bin daher froh, dass die Organisationen die Schulen

Sekretariat der Kultusministerkonferenz
Lennestraße 6 53113 Bonn
Pressereferat:
Tel: 0228/501-611 Fax: 0228/501-608
presse@kmk.org oder a.schmitz@kmk.org

Berliner Büro im Wissenschaftsforum am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37 10117 Berlin
Pressereferat:
Tel: 030/25418-401 Fax: 030/25418-452
schill@berlin.kmk.org

tatkräftig unterstützen wollen."

Der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V. (BAGIV), Mehmet Tanriverdi, betont: „Wir, die Vertreter der Migrantenselbstorganisationen, verstehen gemeinsam mit der KMK Integration als dialogischen Prozess. Wir sind der Überzeugung, dass Integration nur gelingen kann, wenn die Vielfalt der Lebensentwürfe, der Sprachen und Kulturen als Chance zur Weiterentwicklung der Gesellschaft angesehen wird. Die Bildung ist das Tor zur Integration, dabei spielt das Prinzip der Mehrsprachigkeit als Ressource eine bedeutende Rolle, die nicht ungenutzt bleiben darf."

Da der Erwerb der deutschen Sprache eine unerlässliche Voraussetzung zur erfolgreichen Integration und Partizipation darstellt, sollen die Sprachlernmöglichkeiten für Eltern mit Migrationshintergrund ausgebaut werden. Zugleich sollen dadurch die Eltern aktiver am Schulleben ihrer Kinder teilnehmen. Geplant ist auch eine verstärkte Information der Eltern - auch in den Herkunftssprachen - über die Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder. In der Erklärung werden Erziehungsvereinbarungen mit den Eltern angeregt. Darin verabreden Schule und Elternhaus Ziele für die gemeinsame Erziehungsarbeit und Leistungen, die sie zum Wohl des Kindes erbringen wollen.

Die Verbände sehen sich als wichtige Vermittler zwischen Elternhaus und Bildungsverwaltungen. Sie unterstützen die Informationsarbeit der Bildungsverwaltungen aktiv und bieten ihre Unterstützung an bei weiterem Informationsbedarf oder bei Gesprächen in Kindertageseinrichtungen, in der Schule oder in den Bildungsverwaltungen. Die Verbände werden sich stärker als bisher an Programmen der Länder beteiligen und die jeweiligen bildungspolitischen Schwerpunktthemen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Gedacht ist u.a. an Projekte zur verstärkten Leseförderung oder die aktive Unterstützung von Sommerschulen.

Interkulturelles Lernen soll in Zukunft stärker als bisher im Unterricht und im außerunterrichtlichen Bereich verankert werden. Ziel ist eine höhere Beteiligung der Eltern am Schulleben. Zu einem interkulturellen Schulleben gehört die Aufmerksamkeit für die

herausragenden Ereignisse aller Kulturen. Schulen können besondere Profile im Hinblick auf Interkulturalität ausprägen und diese Ziele in Schulprogrammen und schulinternen Curricula festlegen. In diesem Zusammenhang sollen auch die Sprachen der Migrantinnen und Migranten größere Berücksichtigung finden.

Einig sind sich Kultusministerkonferenz und Verbände auch darin, dass die Schulbesuchspflicht unverzichtbar ist für eine integrative und interkulturelle Bildung und Erziehung. Dies gilt insbesondere für den Biologieunterricht einschließlich der Sexualkunde, für die Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht sowie an Klassenfahrten. Die Verbände fordern durch aktive Aufklärungsarbeit die Eltern mit Migrationshintergrund zur Einhaltung der Schulbesuchspflicht auf.